

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/212

Bonn, den 4. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Vernunft hat gesiegt</u> Zu den Wahlen in den USA	49
1a	<u>Konnte der Staatssekretär wirklich nicht antworten ?</u> Die Fragestunde im Bundestag	44
2 - 3	<u>Wie lange wird der Kitt halten ?</u> Europapolitik - Sprengstoff für die Unionsparteien	99
4 - 5	<u>Kann die Sozialversicherung die Währung gefährden ?</u> Redensarten und Tatsachen Von Fritz Büttner, MdB	79

+ + +

4. November 1964

Die Vernunft hat gesiegt

Zu den Wahlen in den USA

sp - Die Welt ist von einem Alpdruck befreit. Die Vernunft hat gesiegt. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika heißt wieder Lyndon B. Johnson. Sein Gegner, der Erzreaktionär Goldwater, mußte eine vernichtende Niederlage hinnehmen. Die von ihm geführte Partei der Republikaner hat überall verloren, sie stellt weniger Gouverneure und zieht geschwächt in Senat und Repräsentantenhaus ein. Eine der schmutzigsten Wahlkampagnen in der Geschichte der Vereinigten Staaten, ausgelöst durch Goldwater und seinen Anhang, führte zu einem Akt der Selbstreinigung; eine große Mehrheit des amerikanischen Volkes hat denen den Rücken gekehrt, die das Rad der Geschichte zurückdrehen und durch ihre Verantwortungslosigkeit die Welt an den Rand des Krieges bringen wollten. Viele Republikaner, bewußt der stolzen Tradition ihrer Partei, versagten ihrem Bewerber um das bürdereichste Amt der freien Welt die Gefolgschaft. Johnson erhielt eine Mehrheit, wie sie noch kein demokratischer Präsident der Vereinigten Staaten besaß. Er hat nun freie Hand.

Die Glückwünsche für den bestätigten Nachfolger Kennedys im Weißen Haus häufen sich zu Bergen. Die überzeugende Entscheidung des Volkes der Vereinigten Staaten wird weltweite Auswirkungen haben. Die Ungewißheit über Wege und Ziele der USA-Politik ist nun beseitigt, die Bahn ist frei geworden für eine kraftvolle, der Sicherung des Weltfriedens dienende Politik. Die Einheit und die Freiheit des Westens gilt es zu festigen - politisch, wirtschaftlich und militärisch. Hier liegt vieles im Argen. Die NATO bedarf einer neuen Blutauffrischung. Das Gerücht von ihrem Zerfall richtete viel Unheil an, es stärkte den verhängnisvollen Hang zu Sonderbündeleien, ermunterte den Weltkommunismus und lähmte insgesamt die westliche Welt. Daß sich Johnson mit dem neuen britischen Außenminister der Labourregierung, Walker, gut verstand, ist ein hoffnungsvolles Anzeichen für neue Lösungen anstehender Probleme. Johnson kann, da er nun den Rücken frei hat, einer großen Mehrheit seines Volkes sich nun sicher weiß, die Ziele anstreben, die ihm vorschweben. Die ihm durch den Wahlausgang zugewachsene Autorität gibt ihm die Möglichkeit, nun Entscheidungen zu treffen, die bislang vertagt werden mußten.

Der wiederbestätigte Präsident der Vereinigten Staaten kam in den schwersten Stunden der deutschen Nachkriegsgeschichte, in den Tagen nach der Errichtung der Mauer nach Berlin, um so seine und seiner Nation Verbundenheit mit dem deutschen Volk zu bekunden. Das bleibt unvergessen. Unsere Sache, die Sache unseres gespaltenen Volkes, ist in seinen Händen gut aufgehoben; er besitzt unser Vertrauen und verdient es auch.

Die Entscheidung des amerikanischen Volkes gibt allen denen neue Hoffnung, die eine Welt des Friedens und des friedlichen Wettbewerbs zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen erstreben. Sie ist eine klare Absage an die Reaktionen im eigenen Volk und in anderen Völkern. Die Welt kann aufatmen. Die amerikanische Nation tritt wieder mit voller Kraft unter demokratischer Führung auf die Bühne des Weltgeschehens.

Konnte der Staatssekretär wirklich nicht antworten ?

Zur Fragestunde im Bundestag

sp - Staatssekretär Carstens vom Bonner Auswärtigen Amt ist nicht zu beneiden. Auf alle Fragen der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Käte S t r o b e l, die gleichzeitig Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Straßburg ist, müßte Herr Carstens mehr oder weniger "passen". Es ging wieder einmal um die Europapolitik und besonders um die Fragen, ob der Bundesregierung neue Pläne des französischen Staatspräsidenten de Gaulle zur EWG und zur NATO bekannt seien und wann die Bundesregierung ihre eigenen bereits angekündigten Vorstellungen zur Aktivierung der Europapolitik veröffentlichen werde.

Die Bundesregierung weiß nichts von Plänen des französischen Staatspräsidenten, ist von ihrem Pariser Botschafter über nichts dergleichen unterrichtet worden und könne auch nicht sagen, wann sie ihr eigenes Konzept publizieren werde.

Frau Käte Strobel muß bescheinigt werden, daß sie mit geradezu engelhafter Geduld und Vornehmheit die nichtssagenden Antworten des Staatssekretärs zur Kenntnis nahm. Ihr und anderen sozialdemokratischen Abgeordneten gebot es wohl das Verantwortungsbewußtsein für die Wiederherstellung eines guten deutsch-französischen Verhältnisses, nicht weiter auf den Staatssekretär einzudringen. Doch muß e i n e Antwort des Herrn Carstens festgehalten werden. Als Frau Strobel fragte, ob der frühere Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer dem französischen Staatspräsidenten irgendwelche Zusagen in Richtung auf bilaterale Vereinbarungen zwischen Bonn und Paris gemacht habe, erwiderte Herr Carstens: "Diese Frage kann ich nicht beantworten". - Keine Antwort kann unter gewissen Umständen auch eine Antwort sein.

Unverständlich bleibt trotz allem, welch schlechtes Zeugnis der Staatssekretär des AA dem deutschen Botschafter in Paris ausstellt. Man überlege: Die deutsche und internationale Presse berichtet seit mehreren Wochen über die Absicht des französischen Staatspräsidenten, aus der EWG und aus der NATO auszuscheren, falls diese oder jene von ihm gestellte Bedingung nicht erfüllt werde. Der französische Außenminister erklärt öffentlich, niemand solle sich über die Festigkeit der französischen Entschlossenheit täuschen, und Frankreich sei nicht bereit, die gemeinsam angenommenen Positionen zu ändern ("gemeinsam" heißt in diesem Falle Bonn und Paris), nur weil die Bundesregierung nicht ihre Verantwortung übernehmen wolle. Und damit jeder deutlich versteht, was gemeint ist, fügt der französische Außenminister noch hinzu: "Das Maß ist voll!".

Es ist rührend, wenn unter diesen Umständen ein deutscher Staatssekretär behauptet, der deutsche Botschafter in Paris habe über alle diese Vorgänge, die ja keineswegs aus heiterem Himmel kamen, nichts berichtet. Wenn das richtig ist, dann muß füglich die Frage gestellt werden, was dieser Botschafter überhaupt in Paris tut.

Wie lange wird der Kitt halten ?

Europapolitik - Sprengstoff für die Unionsparteien

A.E. - Der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer, nach seinen Donner- schlägen gegen Erhard und Schröder von der eigenen Fraktion einiger- maßen wieder zurechtgestaucht, hat nun die Absicht, die Politik der Bundesregierung mit voller Kraft zu unterstützen. Wie solche Absicht zu bewerten ist, beweisen ähnliche Erklärungen des Altbundeskanzlers seit dem ihm aufgezwungenen Wechsel im Kanzleramt; sie halten nicht stand, sind von keinem verpflichtenden Gehalt und verflüchtigen sich bald. Adenauers gezielter Stoß gegen Erhard und Schröder offenbar ein Dilemma der Unionsparteien, das auch durch wortreiche Beschwö- rungen weder verdeckt, noch beseitigt werden kann.

Bei den schweren Meinungsverschiedenheiten in der CDU/CSU geht es nicht um Nuancen oder Akzente in der deutschen Politik, sondern um ihre Grundlagen. Es gibt innerhalb der Unionsparteien mächtige Bestrebungen, die Bundesrepublik von dem ausschlaggebenden Faktor unserer Sicherheit, den Vereinigten Staaten von Amerika, zu trennen. Die damit verbundenen tödlichen Risiken werden auf die leichte Schul- ter genommen oder überhaupt regiert. Für Adenauer ruht unser Heil in einem engen Zusammengehen mit Frankreich. Er setzt auf de Gaulle, jenen de Gaulle, der nun alles aufs Spiel setzt, was an europäischen Institutionen auf dem Wege zu einem Vereinten Europa hin geschaffen wurde. Für Adenauer ist der deutsch-französische Freundschaftsvertrag nicht ein Mittel zur Errichtung eines großen Europa, für ihn bleibt er ein Selbstzweck, ein absoluter Wert in sich.

Der Deutsche Bundestag hat bei der Ratifizierung dem deutsch- französischen Vertrag eine Präambel vorgesetzt, die diesen Vertrag einbettet in europäische und atlantische Zielsetzungen. Die Präambel stellt fest:

- * a) Die Rechte und Pflichten aus den von der Bundesrepublik
- * abgeschlossenen multilateralen Verträgen bleiben durch
- * den deutsch-französischen Vertrag unberührt.
- *
- * b) Der Vertrag darf der Erhaltung und Festigung des Zusammen-
- * schlusses freier Völker, insbesondere einer engen Partner-
- * schaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von
- * Amerika nicht entgegenstehen.
- *
- * c) Die Einigung Europas soll auf dem durch die Schaffung der
- * europäischen Gemeinschaften begonnenen Wege unter Einbe-
- * ziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter
- * Staaten fortgeführt und die weitere Stärkung der Europäi-
- * schen Gemeinschaften gefördert werden.
- *

Die Verabschiedung der Präambel erfolgte e i n s t i m m i g . Ihre Gegner meldeten sich im Bundestag nicht zu Wort, sie schwiegen. Offensichtlich hat es die Bundesregierung unterlassen, die Bedeutung dieser einstimmigen, die Regierung und alle im Parlament vertretenen Parteien verpflichtenden Willenserklärung des Bundestages mit Ent- schiedenheit und Klarheit dem französischen Partner darzulegen.

Bald meldeten sich innerhalb der Unionsparteien kritische Stim-

men. Sie ließen aufhorchen. Ginge es nach ihnen, müßte die Präambel Makulatur bleiben. Die Spaltung der Unionsparteien in "Atlantiker" und "Gaullisten", das Tauziehen im Regierungslager um die Fortsetzung einer ihren Namen wirklich verdienender und der Zukunft zugewandten Europapolitik, die kümmerlichen, bald sich im Nichts verlierenden Ansätze dazu, von Erhard unternommen, konnten de Gaulle nicht entgehen. Hatten ihn die deutschen "Gaullisten" Hoffnung gemacht, mußte er sich nicht ernüchtert fühlen? Adenauers Interview könnte für ihn eine Bestätigung sein.

Was gilt dann noch der Wert von einmütig verabschiedeten Beschlüssen des Bundestages für die Unionsparteien oder Teile von ihnen? Ihre Unfähigkeit, über sich selbst klar zu werden, verurteilt die von ihnen mitgetragene Regierung zur Ohnmacht und Vaterlosigkeit. Wer viele Frondeure im Rücken weiß, beharrt, um nur vegetieren zu können, im Stillstand, verzichtet auf jede Aktivität. Das ist auch eine durch die Umstände gegebene Haltung; sie wird zum Krebsgeschaden der deutschen Politik.

Ausgehend von der Willenskundgebung des Bundestages hätte es für die Regierung Erhard nahe gelegen, einen Vertragsentwurf über die Ausser- und Verteidigungspolitik (Politische Gemeinschaft) auszuarbeiten; diesen neuen Vertragsentwurf unter Anwendung des institutionellen Systems des Gemeinsamen Marktes zwischen den Staaten der EWG auszuhandeln und den Parlamenten zur Ratifizierung vorzulegen. Dieses Verfahren hat am 2. Juni 1964 das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa (Monnet-Komitee) vorgeschlagen, dem führende Persönlichkeiten aller demokratischen Parteien der Mitgliedstaaten der EWG angehören. Was aber geschah? Die Regierung Erhard, anstatt auf dieses Gedankengut zurückzugreifen, entwickelte nicht einmal eigene Vorstellungen. Sie glaubt, mit beschwörenden Floskeln ihr Auskommen zu finden.

- * Die "Gemeinsame Erklärung" des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa enthält ein Programm, das nicht nach den Sternen greift; es geht vom Notwendigen und Möglichen aus, beruht auf einem sorgfältigen Studium der Weltlage und der Beziehungen zwischen West und Ost, skizziert den Beginn einer gemeinschaftlichen Politik auf dem Gebiet der atomaren Probleme und empfiehlt den schrittweisen Abschluß einer Reihe von Abkommen, die zur friedlichen Koexistenz zwischen dem Westen und der Sowjetunion führen könnten.

Dies ist der Weg, über den die europäischen Probleme und die Vereinigung der heute getrennten Deutschen in der europäischen Gemeinschaft geregelt werden könnte. Die "Gemeinsame Erklärung" trägt die Unterschrift des erkrankten Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich von Brentano. Ferner haben sie unterzeichnet der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kurt Kiesinger, Franz Eitel, ehemaliger Bundesfinanzminister, und der CDU-Bundestagsabgeordnete Kurt Biebrach.

Warum treten nun diese gewichtigen Persönlichkeiten in gewichtiger Stunde nicht auf den Plan und rufen jene zur Ordnung, die die deutsche Europapolitik ihres Sinngehalts berauben wollen? Haben sie vor den nach rückwärts gewandten Kräften innerhalb ihrer eigenen Partei kapituliert?

Kann die Sozialversicherung die Währung gefährden?

Redensarten und Tatsachen

Von Fritz Büttner, MdB

Fast in jedem Jahr kommt irgend jemand und behauptet, die Sozialversicherung - oder wie jetzt manchmal gesagt wird "der Wohlfahrtsstaat" - bringe die Währung in Gefahr. So auch Bundesfinanzminister Dr. Dahlgrun in seiner letzten Etatrede. Herr Dahlgrun meinte, daß besonders im Raum der knappschaftlichen Rentenversicherung und der landwirtschaftlichen Altersversorgung der Staat eingreifen müsse. Wie das geschehen soll, hat der Herr Minister zwar nicht gesagt; jedoch ist anzunehmen, daß er meint, die Bundeszuschüsse über eine Änderung in der Selbstverwaltung oder aber gar durch eine Leistungsänderung beeinflussen zu können. Nun ist das völlig abwegig, weil der Minister die gesetzlich festgelegten Leistungen gar nicht ändern kann; das könnte höchstens das Parlament tun.

Blank widerspricht Dahlgrun

Der Herr Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Theodor Blank, hat jetzt ein Heftchen mit dem Titel "Statistiken für die Arbeits- und Sozialpolitik" (Jahreszahlen) veröffentlicht. Aus diesen Statistiken, deren Richtigkeit man unterstellen kann, ist sehr viel zu entnehmen. Danach hat das Brutto-Sozialprodukt eine wesentliche Steigerung erfahren. Es betrug im Jahre 1950 rund 98 Milliarden DM und wird nach den bis jetzt vorliegenden Zahlen im Jahre 1964 eine Höhe von 410,5 Milliarden DM erreichen. Das Brutto-Sozialprodukt - der Wert aller während eines Jahres produzierten Güter und Dienstleistungen - hat sich also in den letzten 14 Jahren mehr als vervierfacht. Dabei ist bei der Entstehung des Sozialproduktes die Industrie einschließlich Bergbau, Energiewirtschaft und Baugewerbe mit 52,6 Prozent vertreten. Interessant ist auch, daß die Verwendung des Sozialproduktes, die für das Jahr 1950 für den Privatverbrauch 64,7 Prozent betrug, im Jahre 1963 auf 57 Prozent zurückgegangen ist. Dagegen haben sich der Staatsverbrauch und die Aufwendungen für Investitionen um den Rückgang im Privatverbrauch erhöht.

Interessant ist auch die Feststellung, daß das Volkseinkommen im Jahre 1950 rund 75,2 Milliarden DM bei einer Lohnquote von 58,6 Prozent betrug. 1964 beträgt nach der vorläufigen Berechnung das Volkseinkommen 313,3 Milliarden DM und die Lohnquote 64,3 Prozent. Das Volkseinkommen pro Kopf betrug im Jahre 1950 3.759 DM und beträgt im Jahre 1963 10.714 DM jährlich. Das Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer betrug im Jahre 1950 243 DM monatlich und im Jahre 1964 beträgt es monatlich 695 DM.

Das Nettoeinkommen je Arbeitnehmer pro Monat hat sich von 1950 von 212 DM auf 539 DM erhöht, also verzweieinhalbfacht, während das Brutto sozialprodukt und andere Einkommen sich

vervier- bzw. verdreifacht haben. Ohne volkswirtschaftlich vorgebildet zu sein, kann man aus diesen Zahlen bei Rückgang des Privatverbrauchs bei unter den Sätzen liegenden Veränderungen des Nettoeinkommens feststellen, daß Maßhaltappelle nicht an Platze sind.

Aufschlußreiche Zahlen

Wenn wir uns dann noch die durchschnittlichen Monatsbeträge in der Rentenversicherung ansehen, dann ist auch diese Betrachtung aufschlußreich. In der Arbeiterrentenversicherung betrug im Jahre 1950 die durchschnittliche Versichertenrente 60,50 DM; sie beträgt im Jahre 1963 184,70 DM monatlich. Die durchschnittliche Monatsrente für die Angestellten betrug im Jahre 1950 92,90 DM und im Jahre 1963 306,50 DM. Während in der knappschaftlichen Rentenversicherung im Jahre 1952 die durchschnittliche Rente 145,96 DM betrug, ist sie im Jahre 1963 auf 402,15 DM angestiegen, wobei aber ausdrücklich zu vermerken ist, daß der Beitrag zur knappschaftlichen Rentenversicherung 23,5 Prozent beträgt; bei anderen Rentenversicherungsträgern beträgt der Beitrag 14 Prozent.

Rentengesetzgebung hinkt hinterher

Damit ist klargestellt, daß sich die Rentengesetzgebung durchaus im Rahmen hält, wenn nicht gar festgestellt werden muß, daß sie hinter der Entwicklung zurückbleibt. Darüber hinaus ist auch festzustellen, daß die Rentner ihre Rente im eigenen Land verbrauchen und über die Verbrauchersteuern dem Staate z.B. wieder zurückgeben.

Alles in allem, die Renten haben keinen die Währung ungünstig beeinflussenden Charakter, im Gegenteil, sie wirken konjunkturbelebend. Deshalb sollte man nicht immer auf den Renten und auf der Sozialversicherung herumhacken und schon gar nicht auf den Artikel 113 des Grundgesetzes hinweisen, wie es der Bundeskanzler bei der Beratung der Kriegssopferversorgung getan hat.

Was uns in der Sozialpolitik fehlt, ist, daß bei sich verändernden Strukturen eine entsprechende Planung entwickelt und in die Tat umgesetzt wird, daß man einen Gesundheitsplan aufstellt, der Frühinvaliditäten vermeidet und daß man die Kriegsfolgelasten auch in der Sozialversicherung kenntlich macht. Damit würden die Bundeszuschüsse finanzsächlich ins rechte Licht gerückt werden.

Der ganze Fragenkomplex und vieles, was über ihn von Regierungsseite seit Jahren geredet wird, muß endlich mit Hilfe einer großzügigen und in die Zukunft weisenden Gesetzgebung geklärt werden. Hierzu bedarf es allerdings einer Konzeption, die die jetzige Regierung nicht hat.